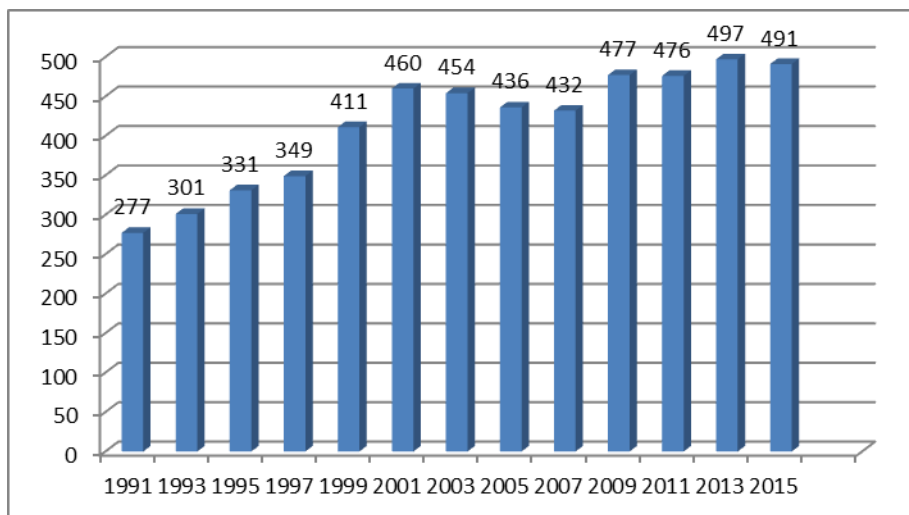


Tätigkeitsbericht der Landesgruppe Baden-Württemberg

1. Mitglieder

1.1. Mitgliederentwicklung

Aktuell (Stand: 01.01.2016) hat die Landesgruppe Baden-Württemberg 491 Mitglieder und bleibt damit relativ konstant in ihren Mitgliederzahlen. Allen Mitgliedern sei an dieser Stelle herzlich für ihre Unterstützung gedankt!!



1.2. Mitgliederversammlung

Im Rahmen der Sprachheilbronner Tage fand am 10.10.2015 eine Mitgliederversammlung statt, bei der der gesamte Vorstand neu gewählt wurde

Erste Vorsitzende:	Dr. Anja Theisel
Zweiter Vorsitzender:	Alfred Kamuf
Geschäftsführer:	Peter Arnoldy / Raphaela Müller
Schriftführerin:	Helga Otto
Kassenführerin:	Dorothea Arnoldy
Referentin für Fortbildung:	Dr. Stefanie Heber, Eva Mühlbacher, Dr. M.Hartig-Gönnheimer
Referentin für Studenten/ Referendare:	Pauline Etzel
Referentin für besondere Aufgaben:	Sabine Hofmaier

Hochschulreferentin: Dr. Margit Berg
Öffentlichkeitsarbeit: Kristina Brune

2. Bildungspolitische Situation

Derzeit findet eine Bildungsplanreform für die allgemeinen Schulen statt, von der die Pläne für die Sonderschulen allerdings nicht betroffen sind. Das Inkrafttreten der Pläne wird im Schuljahr 2016/2017 mit der Grundschule sowie der Orientierungsstufe beginnen.

Die Umsetzung des neuen Schulgesetzes hat den Einfluss der staatlichen Schulämter gestärkt und geht mit einer enormen Aufgabenfülle an den Ämtern einher, so dass die Organisation inklusiver Bildungsangebote noch nicht immer reibungslos verläuft. Die Schulämter gestalten die einzelnen Abläufe (z.B. sonderpädagogische Diagnostik) wie auch die Realisierung der inklusiven Angebote sehr unterschiedlich. Das führt zu einer Fülle von Formularen und Prozessabläufen.

Aktuell beschäftigen sich die Sonderschulen in B.-W. mit der Weiterentwicklung ihrer Institution zum "Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum" (kurz SBBZ) und mit der Umsetzung ICF-orientierter Standards bei der Erstellung sonderpädagogischer Gutachten. Dieser Prozess erfolgt in den Schulämtern ebenfalls sehr unterschiedlich.

3. Aktivitäten der Landesgruppe

3.1. Fortbildungen im Jahr 2015

Sprach-Heil-Bronner Tage 2015

Am Freitag, den 9. Oktober und am Samstag, den 10. Oktober hatte die dgs in Kooperation mit dem vds zu den 8. Sprachheilbronner Tagen eingeladen. Knapp 200 Teilnehmer nutzten die Möglichkeit sich in 6 thematisch breit gefächerten Fachvorträgen Impulse für ihre pädagogische Arbeit zu holen, sich untereinander auszutauschen oder bei den Lehrmittelständen nach Material für die Praxis zu schauen. Der Ablauf der Fortbildung orientierte sich an dem der Vorgängerveranstaltungen, neu war der Veranstaltungsort Lindenparkschule.

Der Dank der Vorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg, Dr. Anja Theisel galt daher zunächst der Hausherrin, Christiane Stöppler und dem Team der Lindenparkschule. Ein herzlicher Gruß ging an Michael Rehberger und Angelika Probst-Küstner vom vds und natürlich an alle Referenten.



Bei den Referenten machte die Diplompsychologin Dr. Anke Buschmann den Anfang. Sie stellte das von ihr im Frühinterventionszentrum Heidelberg entwickelte Heidelberger Elterntraining zur Lese- und Rechtschreibförderung vor und berichtete über eine Studie, in der sie das Programm ausprobieren und seine Wirksamkeit evaluieren konnte.

Dr. Markus Spreer beschrieb in seinem Vortrag über Bildungssprache als Herausforderung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf die in der Schule geforderte Bildungssprache als eine mögliche Barriere im schulischen Lernen, mit der sprachbehinderte Kinder in allen Altersstufen und in allen Fächern zu kämpfen haben.



Irina Ruppert-Guglhör und Franziska Schlamp-Diekmann berichteten aus ihrer Arbeit an einem Münchener Förderzentrum. Sie stellten informelle und standardisierte Verfahren zur Diagnostik von Sprachentwicklungsstörungen im Jugendalter vor und leiteten daraus Fördermaßnahmen ab, die im Plenum spielerisch erprobt wurden.



Am Samstag ging es mit einem Vortrag von Jens Kramer, Dozent an der Schlaffhorst-Andersen-Schule in Bad Nenndorf, über Mutismus weiter. Dieser entwickelte mit gezielten Frageimpulsen im Gespräch mit den Zuhörern differentialdiagnostische Kriterien. Schon gespannt sein, darf man auf das von Jens Kramer entwickelte Screening Verfahren "KoMut-S", das im Januar 2016 freigeschaltet werden soll.

Jordana Glaser, die in einem Förderzentrum in München arbeitet, berichtete von einer Studie über den Erwerb des Genussystems, die sie an der PH Heidelberg durchgeführt hat. Aufbauend auf einer sehr detaillierten und gut strukturierten Analyse des deutschen Genussystems konnten erste Förderansätze aufgezeigt und bestehende Förderansätze kritisch gewürdigt werden.



Zum Abschluss der Sprach-Heil-Bronner stellte Dr. Margit Berg von der PH Heidelberg das in dieser Woche auf den Markt gekommene Überprüfungsverfahren MuSE-PRO vor, das die produktiven syntaktischen und morphologischen Leistungen von 5-bis 8jährigen Kindern testet.

Die Resonanz auf die Vorträge war durchweg positiv, und es wurden viele Evaluationsbögen abgegeben, aus denen sich sicher auch Themenvorschläge für die nächsten Sprach-Heil-Bronner-Tage ableiten lassen. Die Geschäftsführung der dgs freute sich außerdem über 14 Beitritte in die Landesgruppe und lud alte und neue dgs-Mitglieder zu einer aktiven Mitarbeit in der dgs ein.

Die Fortbildung ‚Sprachheilpädagogisches Handeln im inklusiven Setting‘ mit Stefanie Brors, Barbara Kohl und Dr. Anja Theisel fand am 21.11.2015 in Karlsruhe statt. Sie ist ein Baustein einer bundesweit geplanten der dgs-Fortbildungsreihe „Inklusive Sprachheilpädagogik“ zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten.



Wie kann sprachbeeinträchtigten Kindern eine größtmögliche Teilhabe im gemeinsamen Unterricht ermöglicht werden? Nach einem kurzen theoretischen Überblick über wesentliche Qualitätsmerkmale sprachheilpädagogischen Unterrichts und statistischen Erkenntnissen dazu wurden anhand von konkreten Beispielen aus dem Schulalltag unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten erarbeitet, in denen sprachliche Bildung und Förderung stattfinden kann. Dargestellt wurden v.a. konkrete Beispiele aus einem inklusiven Gruppensetting in einer gemischten Eingangsklasse Grundschule, die aber auch auf höhere Klassen und andere Formen der Inklusion übertragbar sind.

3.2. Kontakt zur Politik

Die dgs - Landesgruppe Baden-Württemberg war im letzten und in diesem Jahr politisch und fachwissenschaftlich aktiv. Eine Übersicht zu den Aktivitäten 2015 findet sich hier:

- Parlamentarische Abend gemeinsam mit den Fachverbänden BDH, VBS und vds mit den Vertretern aller Parteien in Stuttgart im März 2015 und im Februar 2016
- Positionspapier zum neuen Schulgesetz
- Positionspapier zur Verordnung des Kultusministeriums über die Feststellung und Erfüllung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot (Verordnung über sonderpädagogische Bildungsangebote – SBA-VO)

Am 11.3.2015 fand ein Fachgespräch anlässlich der Entwurfsfassung des neuen Schulgesetzes statt, zu dem Abgeordnete aller Fraktionen kamen. Hervorgehoben wurde von den Vertretern der Verbände Ludger Bernhard, Ada Jacobsen (BDH), Ulrike Bauer-Murr, Dietmar Stephan (VBS), Kristina Brune, Dr. Anja Theisel (dgs) und Michael Rehberger (vds) das umsichtige Vorgehen des Bildungsministeriums im Prozess der Schulgesetzänderung. Anregungen der Praktiker, Erfahrungen aus funktionierenden inklusiven Settings wie Außenklassen sowie Erfahrungen aus den Schwerpunktregionen seien in den Gesetzesentwurf eingeflossen.

Die Vertreter der Fachverbände verwiesen jedoch auch auf einige Unklarheiten und äußerten Kritik an möglichen Regelungen: Wird es in der Zukunft in Verantwortung der allgemeinen

Schulen in inklusiven Settings nur noch Gruppen geben, die aus Kindern mit unterschiedlichen Behinderungsarten zusammengesetzt sind und zieldifferent unterrichtet werden? Werden z.B. kooperative Gruppen (Außenklassen), die sich in der Vergangenheit bewährt haben, zukünftig bezüglich der Versorgung schlechter gestellt sein? Wie wird die Qualität in inklusiven Bildungsangeboten gesichert? Werden bei der Ausgestaltung der SBBZ private und öffentliche Träger gleichermaßen einbezogen sowie regionale und überregionale Strukturen berücksichtigt? Wie wird in den Bildungswegekongressen das spezifische Know How gesichert?

Wie wird die Versorgung mit gut ausgebildeten Sonderschullehrern gesichert, wenn - wie jetzt der Fall - die Pädagogischen Hochschulen im Lande nur wenige Studienplätze bereithalten?

Der Gesetzesentwurf war an einigen Stellen offen formuliert und interpretierbar.

Zum 1. August 2015 trat in Baden-Württemberg das neue Schulgesetz in Kraft. Es beinhaltet grundlegende Aussagen zur Ausgestaltung inklusiver Bildungsangebote. Dies zieht Konsequenzen für die Lehrkräfte, die Sonderschulen - zukünftig Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) - wie auch zu übergeordneten strukturellen und organisatorischen Fragestellungen nach sich.

Einige der Anregungen von verschiedenen Seiten sind im neuen Schulgesetz aufgegriffen worden. Auf unserer Homepage: www.dgs-ev.de/baden-wuerttemberg finden Sie die **Stellungnahme der dgs-Landesgruppe BaWü** zur Entwurfsfassung des neuen Schulgesetzes, ebenso die Stellungnahme zu den untergesetzlichen Regelungen, die in der Verordnung des Kultusministeriums über die Feststellung und Erfüllung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot (Verordnung über sonderpädagogische Bildungsangebote – SBA-VO) genauer festgelegt wurden.

Auch im Jahr 2016 fand erneut ein Fachgespräch statt. Thema waren die Erfahrungen mit dem neuen Schulgesetz seit seiner Einführung zu Beginn des Schuljahres 2015/2016.

Trotz Wahlkampfzeit und einer parallelen Veranstaltung der Werkstätten für Behinderte nahmen Thomas Poreski (Grüne), Dr. Monika Stolz (CDU) und Nikolaus Tschenk (Grüne) an der Veranstaltung teil.

In den Räumen der Nikolauspflanz fand in bewährter Weise ein intensiver Austausch zu den Themen „Lehrerbildung / Nachqualifizierung von Lehrkräften“, „Schulverwaltung / Schulträger“ und „Regionale Schulentwicklung / Entwicklung SBBZ“ statt. Von den Landtagsabgeordneten wurde hervorgehoben, dass ihnen in der Vergangenheit der Austausch mit den Vertretern der Verbände in ihrer politischen Arbeit sehr wichtig war und Einfluss auf die Gesetzgebung genommen hat. Auch zukünftig soll der bisher intensive Gedankenaustausch fortgesetzt werden.



(von links nach rechts: Rehberger-vds, Theisel-dgs, Poreski-Grüne, Stolz-CDU, Jacobsen-BDH, Tschenk-Grüne)

4. Lehrerausbildung 1. und 2. Phase

4.1. Aus der Hochschule

In Baden-Württemberg wurde das Studium der Sonderpädagogik zum WS 2015/16 in einen BA/MA-Studiengang umgewandelt. Dabei befindet sich der Masterstudiengang aktuell noch in der Vorbereitung und wird zum WS 2018 starten, wenn die PHen Heidelberg und Ludwigsburg die ersten eigenen BA-AbsolventInnen haben. Die aktuellen PrüfungskandidatInnen legen zur Zeit noch ein Staatsexamen nach der alten Prüfungsordnung von 2011 ab.

Die Sprachbehindertenpädagogik existiert weiterhin als eigenständige Fachrichtung und kann als erste oder zweite Fachrichtung studiert werden.

An der PH Ludwigsburg hat Prof. Dr. Marco Ennemoser seit dem Sommersemester 2016 die Professur für Psychologie und Diagnostik im Förderschwerpunkt Sprache und Kommunikation inne. Die Nachfolge von Professorin Dr. Iris Füssenich für die Pädagogik und Didaktik im Förderschwerpunkt Sprache und Kommunikation an der PH Ludwigsburg befindet sich aktuell im Besetzungsverfahren.

Auf Grund des hohen Bedarfs an SonderpädagogInnen wurde die Zahl der Studienplätze im letzten Jahr erhöht. Eine weitere Erhöhung ist zum Wintersemester 2016 vorgesehen. Zudem soll die Möglichkeit eines Aufbaustudiums Sonderpädagogik erhalten bleiben und voraussichtlich in einen Master-Studiengang umgewandelt werden.

4.2. Aus den Seminaren

Im Februar 2016 trat eine neue Prüfungsordnung (LSOP 2) in Kraft. Unter folgendem Link kann man sich die aktuelle Version der neuen Prüfungsordnung herunterladen:

<http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SoSchulLehr2StPrO+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=t rue>

Interessant wird sicherlich, dass bei einer der beiden Lehrproben der ausführliche Unterrichts-entwurf durch einen mündlichen Vortrag ersetzt wird. Um die Anwärter auf das Arbeiten in inklusiven Settings vorzubereiten, wurde ein spezielles Modul für die Ausbildung konzipiert. Wie bisher wird in zwei Fachrichtungen ausgebildet. Da die erste Lehrprobe in Zukunft jedoch schon vor den Weihnachtsferien stattfinden wird, werden die Anwärter einen größeren Zeitraum in der Zweitfachrichtung Erfahrungen sammeln können.